

Stellungnahme zu Lützerath

Die Bilder vom Wochenende sind schmerzhaft. Wir Grüne kämpfen seit Jahrzehnten für das Ende der Kohleverstromung; viele von uns waren immer wieder in Lützerath und den anderen Dörfern.

Der Kohleausstieg im Rheinischen Revier wird von 2038 auf das Jahr 2030 vorgezogen. Diese Entscheidung war ein hart erkämpfter Kompromiss und ist ein wichtiger Schritt im Einsatz gegen die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Rund 280 Millionen Tonnen Braunkohle bleiben dadurch gesichert im Boden. Die noch bewohnten Dörfer Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich, Berverath sowie die drei Höfe Eggeratherhof, Roitzerhof und Weyerhof werden nicht abgebaggert; ihre rund 500 Bewohner*innen konnten wir vor der Zwangsumsiedlung bewahren. Das wurde durchgesetzt gegen erhebliche Widerstände auch aus SPD, FDP und Union. Dieser Kompromiss hieß aber leider auch, dass Lützerath nicht gerettet werden konnte, wo die Rechtslage zugunsten von RWE bereits endgültig vor Gericht geklärt war.

Für Kritik haben wir Verständnis. Gleichzeitig entscheiden wir als Partei nicht allein und haben die Aufgabe, Kompromisse und Wege zu finden, die Deutschland bis spätestens 2045 in die Klimaneutralität führen. Daran arbeiten wir auf allen Ebenen, jeden Tag, wir setzen uns weiter mit aller Kraft für den Ausbau der Erneuerbaren ein. Ein festes, verbindliches Ausstiegsdatum war immer das Ziel. Im Rheinischen Revier haben wir das erkämpft. Dasselbe müssen wir jetzt auch für den Osten hinbekommen – gemeinsam.

Emily Büning
Politische Bundesgeschäftsführerin